

## Protokoll

zur Sitzung des Schulausschusses  
Sitzungs-Nr: XVIII/08 SchuLA  
Sitzungstermin: am Dienstag, dem 14.08.2018, 18:02 Uhr bis 20:15 Uhr  
Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |                      |                               |
|----|----------------------|-------------------------------|
| 1. | Ausschussvorsitzende | Becker, Ingeborg              |
| 2. | Ratsherr             | Kowalski, Michael             |
| 3. | Ratsherr             | Matthiesen, Max, Dr. ab TOP 4 |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |                               |                        |
|----|-------------------------------|------------------------|
| 4. | stellv. Ausschussvorsitzender | Schneider, Maximilian  |
| 5. | Ratsfrau                      | Schüßler, Claudia, MdL |
| 6. | Ratsfrau                      | Härdrich, Laura        |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |                  |
|----|----------|------------------|
| 7. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |
|----|----------|------------------|

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |    |          |                |
|----|----------|----------------|
| 8. | Ratsherr | Benseler, Jörn |
|----|----------|----------------|

#### Mitglieder AfD-Fraktion

- |    |          |               |
|----|----------|---------------|
| 9. | Ratsherr | Schulz, Peter |
|----|----------|---------------|

#### Mitglieder Fraktion AFB-WG

- |     |          |                |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Klein, Bettina |
|-----|----------|----------------|

#### Beratende stimmberechtigte Mitglieder

- |     |                    |                    |
|-----|--------------------|--------------------|
| 11. | Schülervertreterin | Kumm, Hanna        |
| 12. | Herr               | Neukirch, Carsten  |
| 13. | Herr               | Schütze, Liam      |
| 14. | Frau               | Schwabe, Susanne   |
| 15. | Herr               | Schwikowski, Roman |

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |      |                       |
|-----|------|-----------------------|
| 16. | Frau | Diercks-O`Brien, Gabi |
| 17. | Herr | Lorch, Andreas        |

#### von der Verwaltung

- |     |                          |                   |
|-----|--------------------------|-------------------|
| 18. | Verwaltungsmitarbeiterin | Fleischer, Helay  |
| 19. | Fadienstleiterin         | Quest, Nadin      |
| 20. | Erster Stadtrat          | Wolf, Thomas, Dr. |

#### Gäste

- |     |                |                 |
|-----|----------------|-----------------|
| 21. | PD Deutschland | Mende, Melanie  |
| 22. | PD Deutschland | Gusa, Lisa      |
| 23. | PD Deutschland | Blättner, Klaus |

## **Tagesordnung:**

### Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 07. Sitzung/XVIII. WP des Schulausschusses am 17.04.2018
4. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Partnerschaft Deutschland XVIII/0557
5. Fortführung der Bert-Brecht-Schule, aktueller Stand XVIII/0554
6. CDU-Antrag zur "Gestaltung von Außenanlagen an Schulen und Kindergärten" XVIII/0555
7. Schulhofumgestaltung Astrid-Lindgren-Schule und Wilhelm-Busch-Schule, aktueller Stand
8. Sek. I Schulstandorte in Barsinghausen XVIII/0558
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Öffentliche Sitzung:

---

#### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Becker eröffnet um 18.02 Uhr den öffentlichen Teil der Schulausschusssitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung fest.

Weiterhin teilt die Vorsitzende mit, dass Top 8 der Tagesordnung abgesetzt werde und Top 7 aus organisatorischen Gründen zu Top 4 umgeändert werde, wodurch sich die Nummerierung der Tagesordnungspunkte jeweils verschiebe.

Die vorstehende Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nicht öffentlicher Sitzung wird einstimmig genehmigt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 13                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Tagesordnung wird mit den vorgebrachten Änderungen beschlossen.

---

## **2.          Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

---

## **3.          Genehmigung des Protokolls über die 07. Sitzung/XVIII. WP des Schulausschusses am 17.04.2018**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 9                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 4  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll der 07. Sitzung des Schulausschusses vom 07.04.2018 wurde beschlossen.

---

## **4.          Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Partnerschaft Deutschland Vorlage: XVIII/0557**

Frau Becker stellt die Gäste von Partnerschaft Deutschland vor (im Folgenden: PD). Anwesend sind Frau Mende, Frau Gusa sowie Herr Blättner, die in die Informationsvorlage und das Gutachten einführen. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei. (Anlage 1)

Herr Dr. Wolf, der Erste Stadtrat, fasst zusammen, dass vor einem Jahr gemeinsam entschieden worden sei, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorzunehmen. Zwar läge nun ein Ergebnis vor, doch basieren die hieraus resultierenden Zahlen auf diversen Methoden wie der Barwertmethode und Schätzungen, die zwar einen Anhaltspunkt auf die entstehenden Kosten geben, allerdings nicht die tatsächlichen endgültigen Baukosten aufzeigen würden, die bei Umsetzung der Maßnahme ausgelöst werden würden - unabhängig davon für welche Variante sich die Verwaltung und die Politik in Zukunft entscheiden.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit meldet sich Frau Schirm, Lehrerin an der Lisa-Tetzner-Schule, zu Wort und merkt an, dass dem Gutachten falsche Voraussetzungen zugrunde gelegt worden seien. PD habe lediglich den D-Trakt begutachtet und die übrigen Räume wie Fach-, Freizeit-, Musik-, Projekt- und Kunsträume nicht bedacht. Dabei sei der D-Trakt lediglich ein minimaler Teil der Lisa-Tetzner-Schule (im Folgenden: LTS).

Frau Mende, Mitarbeiterin der Firma Iproplan, dementiert dies. Selbstverständlich seien auch diese Räumlichkeiten bedacht worden, allerdings seien die Differenzen in erster Linie bei den allgemeinen Klassenräumen zu erkennen gewesen.

Herr Vehrenkamp, Schulleiter an der LTS, stellt heraus, dass er zwischen der Darstellung des Sachverhalts im Gutachten und der im Anschluss folgenden Empfehlung eine Diskrepanz erkenne. Während die Fakten und Zahlen hart herausgearbeitet werden, sei das Ergebnis zurückhaltend formuliert. Aus dem Gutachten sei nicht abzulesen, dass der Umzug an die KGS die wirtschaftlichste / kostengünstigste Variante sei. Er ist der Ansicht, dass ein weiteres Gutachten erforderlich sei, um eine verlässliche Aussage über die wirtschaftlichste Variante treffen zu können. Im Rahmen seiner Ausführungen wiederholt er Seite 40 des Gutachtens. Dabei sei fraglich, woher eine Flächenreserve von 1250 m<sup>2</sup> bei der KGS herrühre. Weshalb die Angliederung an die Goetheschule am wirtschaftlichsten sei, während auf Seite 16 des Gutachtens ein genereller Raumangel aufgezeigt werde, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Obwohl die Sanierung der LTS am derzeitigen Standort die investitionsmäßig günstigste Variante sei, werde ein Neubau an der KGS empfohlen. Weiterhin werde im Gutachten erwähnt, dass eine Erweiterung der Flächen der KGS notwendig sei, aber gleichzeitig werde mitgeteilt, dass die bestehenden Flächen der Goetheschule nicht erweiterungsfähig seien. Das Ergebnis werde letztlich nicht vom Gutachten getragen. Er wirft die Frage auf, wie die derzeitige Schüleranzahl von 368 Schülerinnen und Schüler der LTS an der KGS unterkommen sollen. Der Flächenbedarf sei nicht ausreichend berücksichtigt.

Weiterhin betont Herr Vehrenkamp die Notwendigkeit der bestehenden Schulsysteme. Die Eltern hätten sich bewusst für genau diese Schulform entschieden. Zu beachten sei, dass die Anmeldezahlen der Schüler für den Jahrgang 5, trotz der politischen Diskussion bei 40 Schülerinnen und Schüler liege. Er möchte außerdem wissen, wie sich die Schülerzahlen berechnen.

Hierzu stellt Herr Dr. Wolf klar, dass die Diskussion um die Zukunft der LTS nicht willkürlich oder gar initiativlos erfolge, sondern die Standortfrage aus zwingenden Gründen, wie etwa auf Grund anstehender Sanierungsmaßnahmen und dem Brandschutzkonzept, entschieden werden müsse. Hierbei sei insbesondere zu betonen, dass die zur Diskussion stehende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung keine Entscheidung über das Bestehen der LTS sei. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es lediglich um die wirtschaftliche Betrachtung.

Herr Blättner, von der Firma Partnerschaft Deutschland, stellt heraus, dass bei einer derartigen Untersuchung die Grundfrage, wie effizient die Grundfläche genutzt werde, im ersten Schritt behandelt werden müsse. Die Erfüllung eines Flächenmusterprogramms sei vorgegeben worden. Hierbei sei die Wirtschaftlichkeit immer dann zu bejahen, wenn die bereits vorhandenen Flächen insgesamt optimal pädagogisch genutzt werden würden. Er erklärt, dass die Sanierungsvarianten 1 und 2 die Möglichkeiten einer effizienten Flächennutzung aufzeigen. Die LTS besitze zu viel Verkehrsfläche (1/3), dabei sei eine Maximierung der pädagogischen Fläche notwendig.

Frau Mende fügt hinzu, dass es sich bei den Varianten 1 und 2 nicht um die sog. Brutto-Grundfläche handele. Die Verkehrsfläche sei nicht effizient zu nutzen. Der Grund, weshalb an der KGS weniger Fläche benötigt werden würde, liege darin, dass die Kombination KGS/LTS aufgrund ihrer vergleichbaren Schulformen besser zusammen harmonisieren wür-

den, als die derzeitige Kombination der LTS, als Oberschule, mit dem HAG als Gymnasium. Ausschlaggebend sei hierfür, dass bestehende Fachräume, wie der Werkraum, mitgenutzt werden könnte, ohne dass es einer Optimierung bedürfe. Die zukünftigen Schülerzahlen seien aus den Schulentwicklungsplänen zusammengefügt und berechnet worden.

Herr Blättner erklärt, dass die Verdichtungen an der KGS nach innen vertragen seien, so dass die Konstruktion eine Erweiterung des Hauptgebäudes nicht hergebe. Bei der Variante 3 sei deshalb ein kleiner Ersatzbau zu erstellen, wobei die Gebäude miteinander verbunden werden würden. Bei der Variante 4 handele es sich hingegen um einen kleinen Anbau mit Ergänzungen. Letzteres würde die Barrierefreiheit als Nebeneffekt gewähren.

Herr Vehrenkamp fragt, ob in der KGS tatsächlich derartige Reserven an Fachräumen bestünden, so dass 368 Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden könnten. Außerdem möchte er wissen, wie die Schulverwaltung, die Erstellung des Stundtplans sowie die allgemeine Planung funktionieren solle. Er vermute außerdem, dass eine diverse Anzahl an Schülerinnen und Schüler in die umliegenden Kommunen abwandern werde.

Frau Mende gibt hierzu an, dass bei der Planung bereits mit einer maximalen Schülerzahl geplant worden sei. Die Flächen seien allesamt bereits im Bestand überprüft worden. Die Variante 4 sehe keine Erweiterung der KGS vor, vielmehr handele es sich um einen Ersatzneubau, wodurch keinerlei Veränderungen an der KGS selbst vorgenommen werden würden.

Frau Wildemann fragt, weshalb am Schulzentrum ein Neubau mit einer Fläche von 2900 m<sup>2</sup> erforderlich sei, während der Neubau an der KGS lediglich eine Fläche von 2000 m<sup>2</sup> benötige.

Herr Blättner erklärt, dass es sich hierbei um zwei unterschiedliche Flächennutzungen / Flächenressourcen und um unterschiedliche Zubaubedarfe handele.

Frau Mende führt weiter aus, dass es sich bei der KGS lediglich um einen Erweiterungsbau handele. Es müssten hier lediglich Flächen gebaut werden, die noch benötigt werden würden, während am Schulzentrum der gesamte Trakt neugebaut werden müsste.

Herr Ehrhardt, Schulleiter an der KGS Goetheschule, macht deutlich, dass die KGS keine zusätzlichen Räume benötige, da die derzeitig Beschulften an der LTS einen Anspruch auf weitere Beschulung am jetzigen Standort hätten. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die an die KGS wechseln würde, würde demnach geringer als berechnet ausfallen.

Herr Schwikowski, Vertreter des Stadtelternrates betont, dass sich die Politik einig werden müsse. Weiterhin äußert er die Frage, ob der Verwaltungsneubau an der KGS inkludiert wäre.

Der Verwaltungstrakt sei bei der Variante 4 in die Erweiterung eingeplant worden, so Herr Blättner. Bei den Varianten 3 und 4 gäbe es keine Doppelverwaltung.

Herr Dr. Wolf macht deutlich, dass die Angliederung der LTS an der KGS die Auflösung der LTS zur Folge hätte. Die Überprüfung der Standortfrage sei richtig - nicht nur unter pädagogischen Aspekten, sondern eben auch unter wirtschaftlichen.

Frau Westphal, Vertreterin der Fraktion B90 / Die Grünen, ist der Ansicht, dass diese Frage unter Berücksichtigung aller schulfachlichen Aspekten begutachtet werden müsse. Weiterhin fragt sie nach der Berechnungsgrundlage der Schülerentwicklung und begehrt hierzu die Berechnung. Ferner möchte sie wissen, wie das Negativsaldo im Schulzentrum zu bewerten sei. Sie merkt weiterhin an, dass es sich bei dem Gutachten um die dritte Überarbeitung handele, sie bittet um Aushändigung der vorherigen Entwürfe.

Herr Dr. Wolf erklärt, dass es sich bei der Berechnung der Schülerzahlen um reine Addition handele und versichert Frau Westphal das Zurverfügungstellen der Gutachtenentwürfe.

Weiter führt Frau Mende aus, dass die nichtgenutzten Fachräume keine ausgiebige Betrachtung erfahren hätten. Der D-Trakt müsse in der empfohlenen Variante abgerissen werden. Auch das Gymnasium würde einen Zuwachs an Schülerzahlen erfahren, so dass die durch das Auflösen der LTS nicht genutzten Räume dann immer noch einen Nutzen darstellen würden.

Frau Westphal hält fest, dass die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung für sie nicht abgeschlossen sei. Hierzu sei ein weiteres Gutachten hinsichtlich der Nutzung der im Falle der Angliederung der LTS an der KGS leerstehenden Räume am Schulzentrum, erforderlich.

Herr Blättner fügt hinzu, dass es sicherlich noch weitere Ressourcen am HAG gebe, dies allerdings nicht Gegenstand der Prüfung gewesen sei. Der Standortwechsel könne auch für das Gymnasium vorteilhaft sein.

Herr Siedler-Borker, anwesend als Gast, möchte wissen, ob die Brandschutzmaßnahmen lediglich im D-Trakt vorgenommen werden müssten und weshalb in den Varianten 1 und 2 trotz Optimierung die Grundfläche mit 2950 m<sup>2</sup> fast gleichbleibe, obwohl erhebliche Verkehrsflächen am jetzigen Standort der LTS bestünden.

Herr Dr. Wolf betont, dass sich das Brandschutzkonzept auf den gesamten Standort Schulzentrum beziehe.

Frau Mende stellt klar, dass in den Varianten 1 und 2 bereits die sanierten und optimierten Flächen dargestellt worden seien und nicht der derzeitige IST-Zustand. Dies sei der Grund für die Differenz. Bei den Varianten handele es sich nicht um 1:1 - Bauten, sondern hierbei seien bereits neue Räumlichkeiten wie Differenzierungsräume eingeplant, die es so in dieser Form an der LTS nicht gegeben habe.

Frau Wissel, Lehrerin an der LTS, fragt, ob die Unterbringung der Kollegen sowie der Mehrbedarf an Räumen durch die in Zukunft bevorstehende Inklusion eingeplant worden sei. Frau Mende teilt hierauf mit, dass das Kollegium der LTS in den Verwaltungsräumen ausreichend bedacht und der Inklusion ebenfalls Beachtung geschenkt worden sei.

Aufgrund diverser Meldungen aus der Öffentlichkeit stellt Frau Westphal den Antrag, die Öffentlichkeit wiederherzustellen.

Die Vorsitzende stellt daraufhin die Öffentlichkeit wieder her.

Herr Vehrenkamp merkt an, dass an der LTS zurzeit 18 Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf beschult würden und er eine Kooperation mit der Bert-Brecht-Schule für geeignet erachte. Daraus schlussfolgere er, dass die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung nicht abgeschlossen sei.

Frau Bethe, Schulleiterin des Hannah-Arendt-Gymnasiums, stellt den Ursprung der Beauftragung von Partnerschaft Deutschland vor und fragt, ob die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung hinsichtlich des Flächennutzungsbedarf am Schulzentrum erweitert werden müsse und was mit dem G-Trakt im Falle der Auflösung der LTS passiere, denn auch der G-Trakt müsse saniert werden.

Herr Dr. Wolf teilt mit, dass vor Maßnahmenbeginn eine umfassende Prüfung erfolge.

Herr Ehrhardt meldet sich erneut zu Wort und teilt den Anwesenden den prozentualen Anteil an Inklusionskindern mit (4,9 % LTS / 5 % KGS). Ferner möchte er wissen, inwiefern das Gutachten der Schulentwicklung helfe.

Das Gutachten solle lediglich die wirtschaftlichste Lösung aufzeigen. Hinsichtlich der Schulentwicklung sei eine zeitnahe Entscheidung erwünscht, so Herr Dr. Wolf.

Frau Becker macht deutlich, dass die unterschiedlichen Schulsysteme wichtig seien, dass aber zum jetzigen Zeitpunkt lediglich die Wirtschaftlichkeit zur Diskussion stehe.

Frau Westphal erklärt, dass sie keine Gelegenheit gehabt hätte, sich mit dieser Thematik ausreichend zu befassen. Die Angelegenheit sei längst nicht entscheidungsreif. Auf dieser Grundlage sei eine Entscheidungsfindung auch in den nächsten Monaten nicht möglich.

Herr Schneider, Vertreter der SPD-Fraktion, stellt heraus, dass das Gutachten zumindest einen ersten Anhaltspunkt darstelle. Eine zeitliche Eingrenzung, wann mit einer Entscheidung über die Zukunft der LTS zu rechnen sei, könne nicht erfolgen, allerdings sei eine baldige Entscheidung erwünscht.

Herr Schroth, Vertreter der CDU-Fraktion, erklärt, dass eine zügige Entscheidungsfindung – möglichst noch in diesem Jahr - gewollt sei.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

**5. Fortführung der Bert-Brecht-Schule, aktueller Stand**  
**Vorlage: XVIII/0554**

Frau Quest führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Sie teilt mit, dass am 08.08.2018 die schriftliche Genehmigung zum Bestand der Bert-Brecht-Schule im Schuljahr 2018 / 19 eingetroffen sei.

Die Landesschulbehörde behalte sich jedoch einen Widerruf der Genehmigung im Schuljahr 2019 / 20 vor, wenn die erforderlichen Schülerzahlen nicht erreicht werden.

Hierzu möchte Frau Klein wissen, welche Schüleranzahl grundsätzlich erforderlich sei, um die Ausnahmegenehmigung weiterhin zu erhalten und wann eine Entscheidung hinsichtlich der erforderlichen Brandschutzmaßnahmen an der Bert-Brecht-Schule getroffen werde.

Hierzu teilt Frau Quest mit, dass gesetzlich eine Mindestanmeldung von 13 Schülerinnen und Schüler vorgeschrieben sei. Die derzeitige Genehmigung sei lediglich ein Verhandlungsergebnis mit der Landesschulbehörde. Hinsichtlich des Brandschutzes lägen bislang keine Ergebnisse vor, da bislang die Schließung der Schule angedacht worden sei.

Herr Schwikowski merkt an, dass die Entwicklungsplanung der Wilhelm-Stedler-Schule und der Bert-Brecht-Schule stets parallel betrachtet werden müssten. Da nun die Weiterführung der BBS feststehe, sei der Neubau der Wilhelm-Stedler-Schule unumgänglich.

---

**6. CDU-Antrag zur "Gestaltung von Außenanlagen an Schulen und Kindergärten"**  
**Vorlage: XVIII/0555**

Frau Quest führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Wildemann fragt nach der Elternbeteiligung im Rahmen der Planung.

Frau Quest erklärt, dass lediglich 100.000,00 € zur Verfügung stünden, womit kein großes Konzept möglich gewesen und somit eine Elternbeteiligung nicht erfolgte. Im Falle eines Nachtragshaushaltes könne ein größeres Konzept in Betracht gezogen werden, an dem die Eltern ebenfalls beteiligt würden. Die derzeitigen kleineren Maßnahmen werden regelmäßig mit den jeweiligen Schulleiterinnen und Schulleiter beraten.

---

**7. Schulhofumgestaltung Astrid-Lindgren-Schule und Wilhelm-Busch-Schule, aktueller Stand**

Frau Quest führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Präsentation liegt dem Protokoll bei. (Anlage 2)

---

**8. Sek. I Schulstandorte in Barsinghausen**  
**Vorlage: XVIII/0558**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.



---

## **9. Mitteilungen der Verwaltung**

Im November 2016 stellte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen ihren Haushaltsantrag zur Medienausstattung an den weiterführenden Schulen und beauftragte die Verwaltung, eine Alternativfinanzierung in voller Höhe über das Bundesprogramm „Digitale Medien und berufliche Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu prüfen und zu beantragen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Am 21.11.2017 wurde im Schulausschuss berichtet, dass die Verwaltung festgestellt habe, dass „ein solches Förderprogramm mit entsprechenden Förderrichtlinien durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung nicht umgesetzt worden sei“ und die Stadt Barsinghausen dies nicht in Anspruch nehmen konnte.

Am 23.3.18 verwies der Erste Stadtrat auf die noch ausstehende Beschlusskontrolle. Nach Sichtung der Unterlagen des Schulausschusses und Prüfung des o.g. Förderprogramms stellte sich heraus, dass das Bundesministerium für Forschung und Bildung im Juli 2013 ein Förderprogramm zur „Förderung von digitalen Medien in der beruflichen Bildung“ aufgelegt hatte, im Oktober 2014 folgte eine weitere Auflage des Programms. Die Einreichung der Projektskizzen hätte bis Januar 2015 erfolgen müssen, eine erneute Auflage des Programms nach Januar 2018 ist nicht erfolgt.

Fraglich ist, ob die SPD in ihrem Antrag das oben angeführte Förderprogramm meinte oder ob sich der Antrag auf die Ankündigung der damaligen Bundesbildungsministerin Wanka bezieht, die ein Fünf-Milliarden-Programm zum Ausbau schulischer IT im Oktober 2016 ankündigte. Dieses Programm wurde tatsächlich noch nicht aufgelegt, wird aber nach dem Kenntnisstand der Verwaltung aktuell wieder in der Bundesregierung diskutiert. Sollte dieses Förderprogramm starten, wird der Fachdienst Schule, Sport und Kultur umgehen prüfen, in welchem Umfang die Stadt Barsinghausen davon profitieren kann.

Im Anschluss führt Frau Quest in die Präsentation „Schulbaumaßnahmen 2018“ ein. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei. (Anlage 3)

---

## **10. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Herr Schwikowski fragt nach dem Sachstand in Bezug der begehrten Tempo-30 Zone an der Wilhelm-Busch-Schule in Hohenbostel.

Herr Dr. Wolf teilt hierzu mit, dass grundsätzlich die erforderlichen Voraussetzungen zur Einrichtung einer Tempo 30 Zone nicht vorlägen. Allerdings sei ein dingliches Wegerecht eingetragen worden. Der Ziel- und Querverkehr müsse nun dokumentiert werden, dann könne eine Anordnung auch entgegen der Empfehlung der Polizei erfolgen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Becker schließt um 20.15 Uhr die öffentliche Sitzung.